

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	17
Vorwort zur ersten Auflage	19
1 Einführung	21
1.1 Gesetzliche Grundlagen der betrieblichen Mitbestimmung	21
1.2 Gliederung des Betriebsverfassungsgesetzes	22
1.3 Geltungsbereich des BetrVG	23
1.3.1 Räumlicher Geltungsbereich	23
1.3.2 Persönlicher Geltungsbereich	24
1.3.3 Sachlicher Geltungsbereich	33
1.4 Organe der Betriebsverfassung	39
2 Errichtung des Betriebsrats	43
2.1 Betriebsrtafähige Einheit	43
2.1.1 Voraussetzungen für eine betriebsrtafähige Einheit	43
2.1.2 Zuordnung von Betriebsteilen und Kleinbetrieben	45
2.2 Wahl und Zusammensetzung des Betriebsrats	46
2.2.1 Wahlinitiative	46
2.2.2 Wahlvorstand	48
2.2.3 Wahlrecht	50
2.2.4 Wählbarkeit	51
2.2.5 Wahlzeitpunkt	52
2.2.6 Wahlverfahren	53
2.2.7 Vereinfachtes Verfahren für Kleinbetriebe	54
2.2.8 Wahlschutz und Wahlkosten	54
2.2.9 Betriebsratsgröße und Zusammensetzung	55
2.3 Mängel der Betriebsratswahl	61
2.3.1 Anfechtbarkeit der Wahl	61
2.3.2 Nichtigkeit der Wahl	64
2.3.3 Rechtsfolgen der Unwirksamkeit der Wahl	65
3 Handeln des Betriebsrats	67
3.1 Betriebsratsvorsitzende	67
3.1.1 Entäußerung von Erklärungen des Betriebsrats	67
3.1.2 Entgegennahme von Erklärungen	69
3.2 Beschlussfassung des Betriebsrats	70
3.2.1 Die Betriebsratssitzung	71
3.2.2 Ordnungsgemäße Ladung	72
3.2.3 Ordnungsgemäße Beschlussfassung	78

3.2.4	Nichtöffentlichkeit der Sitzung	82
3.2.5	Protokoll der Betriebsratssitzung	83
3.3	Betriebsausschuss und andere Ausschüsse	84
3.3.1	Der Betriebsausschuss	85
3.3.2	Andere Ausschüsse	86
3.3.3	Einsichtsrechte	87
4	Rechtsstellung der Betriebsratsmitglieder	89
4.1	Ehrenamt	89
4.2	Begünstigungsverbot	90
4.3	Behinderungsverbot	91
4.4	Benachteiligungsverbot	92
4.5	Entgelt- und Tätigkeitsschutz	93
4.6	Freistellungsanspruch	95
4.6.1	Freistellung nach §38 BetrVG	95
4.6.2	Anlassbezogene Freistellung (§37 Abs. 2 BetrVG)	98
4.7	Freizeitausgleichsanspruch	102
4.8	Schulungsanspruch	105
4.8.1	Betriebsratsschulung nach §37 Abs. 6 BetrVG	105
4.8.2	Schulungs- und Bildungsveranstaltung nach §37 Abs. 7 BetrVG	110
5	Kosten der Betriebsratstätigkeit	111
5.1	Allgemeine Geschäftsführungskosten	111
5.2	Reisekosten	112
5.3	Schulungskosten	113
5.4	Kosten von Rechts- und Regelungsstreitigkeiten	115
5.4.1	Prozesskosten	115
5.4.2	Kosten der Einigungsstelle	117
5.5	Sachverständigenkosten	119
5.6	Schaufwand und Büropersonal	120
5.6.1	Räume	121
5.6.2	Sachmittel	121
5.6.3	Informations- und Kommunikationstechnik	122
5.6.4	Büropersonal	123
5.7	Haftung des Betriebsrats und der einzelnen Betriebsratsmitglieder hinsichtlich der Betriebsratskosten	123
5.7.1	Haftung des Betriebsrats als Gremium	125
5.7.2	Haftung des einzelnen Betriebsratsmitglieds	126
5.7.3	Möglichkeiten der Haftungsbegrenzung für das Betriebsratsmitglied	127

6	Kündigungs- und Versetzungsschutz des Betriebsrats	129
6.1	Kündigungsrecht während der Amtszeit	129
6.1.1	Außerordentliche Kündigung und Zustimmungserfordernis	129
6.1.2	Ordentliche Kündigung bei Betriebsstilllegung und Stilllegung einer Betriebsabteilung	130
6.2	Kündigungsrecht nach Ablauf der Amtszeit	131
6.3	Kündigungsrecht von Ersatzmitgliedern	132
6.4	Kündigungsrecht von Initiatoren einer Betriebsratswahl, Wahlvorstand und Wahlbewerbern	132
6.4.1	Kündigungsrecht von Initiatoren einer Betriebsratswahl	132
6.4.2	Kündigungsrecht von Wahlvorstandsmitgliedern	133
6.4.3	Kündigungsrecht von Wahlbewerbern	133
6.5	Versetzungsschutz	134
7	Amtszeit des Betriebsrats	137
7.1	Beginn der Amtszeit	137
7.2	Ende der Amtszeit	138
7.2.1	Amtsende durch Ablauf der Amtszeit	138
7.2.2	Vorzeitige Beendigung der regulären Amtszeit	140
8	Kommunikation des Betriebsrats	143
8.1	Betriebsrat – Arbeitnehmer	144
8.1.1	Sprechstunde	144
8.1.2	Besuch am Arbeitsplatz	145
8.1.3	Betriebsversammlung	146
8.1.4	Sonstige Kommunikationswege	146
8.2	Betriebsrat – Arbeitgeber	147
8.3	Betriebsrat – sonstige Einrichtungen der Betriebsverfassung	147
8.3.1	Jugend- und Auszubildendenvertretung	147
8.3.2	Wirtschaftsausschuss	148
8.3.3	Gesamtbetriebsrat	148
8.4	Betriebsrat – Gewerkschaft	148
8.4.1	Beschränkung auf die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften	150
8.4.2	Zugangsrechte der Gewerkschaften zum Betrieb	151
8.4.3	Sonderproblem Zugangsrecht zur Mitgliederwerbung	152
9	Weitere Einrichtungen der Betriebsverfassung	155
9.1	Betriebsversammlungen	156
9.1.1	Arten der Betriebsversammlung	156
9.1.2	Themen der Betriebsversammlung	159
9.1.3	Teilnehmerkreis	159
9.1.4	Zeitpunkt und Verdienstausfall	160

9.2	Jugend- und Auszubildendenvertretung	161
9.3	Jugend- und Auszubildendenversammlung	163
9.4	Einigungsstelle	164
9.5	Gesamtbetriebsrat	164
9.5.1	Errichtung des Gesamtbetriebsrats	165
9.5.2	Zusammensetzung des Gesamtbetriebsrats	165
9.5.3	Stimmengewichtung	166
9.5.4	Geschäftsführung und Stellung der Gesamtbetriebsratsmitglieder	167
9.5.5	Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats	168
9.6	Betriebsräteversammlung	171
9.7	Wirtschaftsausschuss	172
9.7.1	Errichtung	172
9.7.2	Zusammensetzung	174
9.7.3	Geschäftsführung und Rechtsstellung der Mitglieder	174
9.8	Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung	175
9.9	Konzernbetriebsrat/Konzernjugend- und Auszubildendenvertretung ..	176
9.10	Europäischer Betriebsrat	176
9.11	Schwerbehindertenvertretungen	176
10	Grundsätze der Betriebsverfassung	179
10.1	Das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit	179
10.2	Grundsätze der Zusammenarbeit nach §74 BetrVG	180
10.2.1	Monatsgespräch	180
10.2.2	Grundsätze der Zusammenarbeit nach §74 Abs. 2 BetrVG	181
10.3	Grundsätze für die Behandlung der Betriebsangehörigen	184
10.3.1	Betriebsverfassungsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz ..	184
10.3.2	Die einzelnen Diskriminierungsmerkmale	185
10.3.3	Zulässigkeit einer Differenzierung im Einzelfall	187
10.3.4	Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die Grundsätze	188
10.3.5	Schutz der freie Entfaltung der Persönlichkeit (§75 Abs. 2 BetrVG)	190
10.4	Geheimhaltungspflicht	191
10.4.1	Inhalt der Geheimhaltungspflicht	192
10.4.2	Folgen der Verletzung der Geheimhaltungspflicht	193
11	Arbeitnehmerrechte	195
11.1	Unterrichtungs- und Erörterungspflicht des Arbeitgebers	195
11.2	Anhörungs- und Erörterungsrecht des Arbeitnehmers	197
11.3	Einsicht in die Personalakte	198
11.4	Beschwerderechte	199
11.5	Vorschlagsrecht der Arbeitnehmer	201

12	Allgemeine Aufgaben des Betriebsrats	203
12.1	Aufgaben des Betriebsrats	204
12.1.1	Überwachungsaufgaben	204
12.1.2	Schutzaufträge	205
12.1.3	Förderungspflichten	206
12.2	Allgemeines Antragsrecht	206
12.3	Informationspflichten des Arbeitgebers	207
12.3.1	Auskunft	207
12.3.2	Vorlage von Unterlagen	208
12.3.3	Einsicht in die Gehaltslisten	209
12.4	Informationsbeschaffung durch den Betriebsrat	210
12.4.1	Aufsuchen von Arbeitnehmern am Arbeitsplatz	210
12.4.2	Betriebliche Auskunftspersonen	210
12.4.3	Sachverständige	211
13	Arten der Beteiligung und Überblick über die Beteiligungsrechte	213
13.1	Arten der Beteiligungsrechte	213
13.1.1	Unterrichtungs- bzw. Informationsrechte	213
13.1.2	Anhörungsrechte	214
13.1.3	Beratungsrechte	214
13.1.4	Veto- oder Widerspruchsrechte	215
13.1.5	Beschränkte Mitbestimmung (Zustimmungsverweigerungsrecht)	215
13.1.6	Gleichberechtigte Mitbestimmung	216
13.1.7	Initiativrechte	216
13.2	Überblick über die Beteiligungsrechte	217
14	Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten	219
14.1	Zweck des Mitbestimmungsrechts	219
14.2	Unternehmerische Entscheidungsfreiheit als Schranke	219
14.3	Abschließende Regelung	220
14.4	Eil- und Notfälle	220
14.5	Ausübung der Mitbestimmung	221
14.6	Durchsetzung der Mitbestimmung	222
14.6.1	Kollektivrechtliche Folgen	223
14.6.2	Individualrechtliche Folgen	223
14.6.3	Streitigkeiten	224
14.7	Voraussetzung für die Mitbestimmung	225
14.7.1	Vorrang von Gesetz und Tarifvertrag	225
14.7.2	Kollektiver Tatbestand	226

14.8	Die einzelnen Mitbestimmungstatbestände	227
14.8.1	Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer	228
14.8.2	Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie die Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage	229
14.8.3	Vorübergehende Verlängerung oder Verkürzung der betriebsüblichen Arbeitszeit	231
14.8.4	Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte	232
14.8.5	Aufstellung allgemeiner Urlaubsgrundsätze und des Urlaubsplans sowie die Festsetzungen der zeitlichen Lage des Urlaubs für einzelne Arbeitnehmer, wenn zwischen dem Arbeitgeber und den beteiligten Arbeitnehmern kein Einverständnis erzielt wird	233
14.8.6	Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen	234
14.8.7	Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften	237
14.8.8	Form, Ausgestaltung und Verwaltung von Sozialeinrichtungen, deren Wirkungsbereich auf den Betrieb, das Unternehmen oder den Konzern beschränkt ist	237
14.8.9	Zuweisung und Kündigung von Wohnräumen, die den Arbeitnehmern mit Rücksicht auf das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses vermietet werden, sowie die allgemeine Festlegung der Nutzungsbedingungen	239
14.8.10	Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, insbesondere die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung	240
14.8.11	Sonderproblem: Anrechnung übertariflicher Zulagen	242
14.8.12	Festsetzung der Akkord- und Prämiensätze und vergleichbarer leistungsbezogener Entgelte, einschließlich der Geldfaktoren ..	244
14.8.13	Grundsätze über das betriebliche Vorschlagswesen	245
14.8.14	Grundsätze über die Durchführung von Gruppenarbeit	245
14.9	Freiwillige Betriebsvereinbarungen	246

15	Beteiligung bei der Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung	249
15.1	Unterrichtungs- und Beratungsrecht	250
15.1.1	Gegenstände der Unterrichtung	250
15.1.2	Unterrichtung	251
15.1.3	Beratung	252
15.1.4	Autonomer Arbeitsschutz	253
15.2	Initiativrecht (korrigierendes Mitbestimmungsrecht)	253
16	Beteiligung in personellen Angelegenheiten	257
16.1	Allgemeine personelle Angelegenheiten	257
16.1.1	Personalplanung	258
16.1.2	Beschäftigungssicherung	261
16.1.3	Ausschreibung von Arbeitsplätzen	262
16.1.4	Personalfragebogen, Beurteilungsgrundsätze	264
16.1.5	Auswahlrichtlinien	268
16.2	Berufsbildung	272
16.2.1	Überblick über die Beteiligung im Rahmen der Berufsbildung	272
16.2.2	Begriff der Berufsbildung	273
16.2.3	Unterrichtung und Beratung, Förderung der Berufsbildung	273
16.2.4	Mitbestimmungsrechte	275
16.3	Personelle Einzelmaßnahmen	280
16.3.1	Beteiligungsverfahren bei Einstellung, Eingruppierung, Umgruppierung und Versetzung	280
16.3.2	Mitbestimmung bei Einstellung	285
16.3.3	Mitbestimmung bei Versetzung	289
16.3.4	Mitbestimmung bei Ein- und Umgruppierung	292
16.3.5	Vorläufige personelle Maßnahmen	293
16.3.6	Beteiligung bei Kündigung	297
16.3.7	Beteiligung bei der Kündigung und Versetzung betriebsverfassungsrechtlicher Funktionsträger	308
16.3.8	Personelle Veränderung leitender Angestellter	308
16.3.9	Entfernung betriebsstörender Arbeitnehmer	309
17	Beteiligung in wirtschaftlichen Angelegenheiten	311
17.1	Wirtschaftsausschuss	312
17.1.1	Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses	312
17.1.2	Wirtschaftliche Angelegenheiten	313
17.1.3	Beilegung von Meinungsstreitigkeiten	313
17.1.4	Unterrichtung der Arbeitnehmer	314
17.1.5	Ersetzung des Wirtschaftsausschusses	314

17.2	Beteiligung bei Betriebsänderungen	315
17.2.1	Voraussetzungen für das Beteiligungsrecht	316
17.2.2	Fälle der Betriebsänderung	319
17.2.3	Unterrichtung und Beratung	323
17.2.4	Interessenausgleich	324
17.2.5	Sozialplan	327
17.2.6	Gegenüberstellung von Interessenausgleich und Sozialplan	334
17.2.7	Nachteilsausgleich	335
18	Regelungsinstrumente der Betriebsverfassung	337
18.1	Betriebsvereinbarung	337
18.1.1	Zustandekommen	337
18.1.2	Formvorschriften	338
18.1.3	Abschlussmängel	339
18.1.4	Geltungsbereich	341
18.1.5	Inhalt der Betriebsvereinbarung	341
18.1.6	Wirkung der Betriebsvereinbarung	342
18.1.7	Verhältnis der Betriebsvereinbarung zum Tarifvertrag	343
18.1.8	Verhältnis verschiedener Betriebsvereinbarungen zueinander	346
18.1.9	Verhältnis der Betriebsvereinbarung zum Arbeitsvertrag	346
18.1.10	Beendigung der Betriebsvereinbarung	350
18.1.11	Nachwirkung der Betriebsvereinbarung	353
18.2	Regelungsabrede (Betriebsabsprache)	355
18.2.1	Abschluss	355
18.2.2	Wirkung	355
18.2.3	Beendigung	356
18.2.4	Sonderfall: Betriebliche Beschäftigungsbündnisse	357
19	Ansprüche und Sanktionen bei Verletzung betriebsverfassungsrechtlicher Pflichten	361
19.1	Ansprüche und Sanktionen gegen den Arbeitgeber	361
19.1.1	Handlungs-, Duldungs- und Unterlassungsansprüche nach § 23 Abs. 3 BetrVG	361
19.1.2	Allgemeiner Unterlassungsanspruch	364
19.1.3	Unterlassungsanspruch nach § 78 Satz 1 BetrVG	365
19.2	Sanktionen gegen den Betriebsrat und seine Mitglieder	365
19.2.1	Auflösung des Betriebsrats	366
19.2.2	Sanktionen gegen einzelne Betriebsratsmitglieder	368
19.2.3	Ausschluss aus dem Betriebsrat	369

20 Durchsetzung der betriebsverfassungsrechtlichen Rechte und Pflichten	373
20.1 Einigungsstellenverfahren	373
20.1.1 Zuständigkeit im Bereich der zwingenden Mitbestimmung	373
20.1.2 Zuständigkeit im freiwilligen Verfahren	374
20.1.3 Zusammensetzung der Einigungsstelle	374
20.1.4 Errichtung der Einigungsstelle und Einsetzung durch das Arbeitsgericht	375
20.1.5 Verfahren vor der Einigungsstelle	376
20.1.6 Der Einigungsstellenspruch	379
20.2 Das arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren	381
20.2.1 Das erstinstanzliche Verfahren	381
20.2.2 Das Beschwerdeverfahren	387
20.2.3 Das Rechtsbeschwerdeverfahren	389
20.3 Einstweiliger Rechtsschutz	390
Abkürzungsverzeichnis	393
Abbildungsverzeichnis	395
Literaturverzeichnis	397
Stichwortverzeichnis	399
Die Autoren	405